

KERNKRAFTWERKE

Rechts-Hilfe für Stromkonzerne

Energiekonzerne in Deutschland bekommen bei der Verteidigung milliarden-schwerer Rückstellungen für Atomkraftwerke gegen den Zugriff der spanischen Energiekommissarin Loyola de Palacio unerwartete Unterstützung durch den Juristischen Dienst des EU-Ministerrats. Der Europäische Gerichtshof, analysierte jüngst die schwedische Ratsjuristin Eva Karlsson vor der Ministerarbeitsgruppe Kernenergie, habe der Gemeinschaft zwar die Kompetenz eingeräumt, Sicherheitsfragen zu regeln. Es gehe aber nicht an, den Mitgliedstaaten detailliert vorzuschreiben, wie die notwendigen Milliarden für den Abriss der Meiler sowie für den Bau von Zwischen- und Endlager gesichert werden sollen. Genau das plant die Kommissarin in ihrem „Nuclear-package“. Sie will garantiert sehen, dass die Gelder, allein für deutsche Kernkraftwerke etwa 40 Milliarden Euro, zuverlässig bereitstehen, wenn sie gebraucht werden – selbst dann, wenn der Stromproduzent Pleite gehen sollte. Zu diesem Zweck sollten die Konzerne die Milliarden zum Beispiel nicht mehr für den Aufkauf von Konkurrenten nutzen dürfen. Vielmehr sollte das Geld in interne oder noch besser in externe Fonds konkurssicher ausgelagert werde. Die Kompetenz, solche Vorschriften zu initiieren, lasse sich aus dem Euratom-Vertrag nicht herleiten, urteilte die schwedische Juristin jetzt. Die Verbindung zwischen Sicherheit und Finanzierungsweise sei zu „indirekt“. Eine schriftliche Version ihrer Expertise kündigte Karlsson für den September an.



MICHAELA REHLE / REUTERS / E-LANCE MEDIA



Atomkraftwerk (bei Stade)

ULRIKE SCHACHT / FORUM

GETRÄNKEINDUSTRIE

Durstige Deutsche

Hitze und Trockenheit sorgen bei den hiesigen Getränkeabfüllern für gute Geschäfte. Für 2003 rechnet der Verband Deutscher Mineralbrunnen (VDM) angesichts des andauernden Sommerwetters mit einem Rekordjahr. Schon in den ersten sechs Monaten ist der Absatz von Mineralwasser gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent gestiegen. Vom Durst der Deutschen profitieren auch die Bierbrauer. Nachdem die Branche zuletzt Absatzeinbrüche hinnehmen musste, stiegen die Umsätze im Juni um mehr als neun Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

ENERGIEMÄRKTE

Neuer Regulierer

Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) soll künftig auch für den Strom- und Gasmarkt zuständig sein – so sehen es die Planungen des Bundeswirtschaftsministeriums vor. Als Begründung heißt es, die RegTP und ihr Präsident Matthias Kurth hätten Erfahrungen gesammelt, wie Wettbewerb auf früher monopolistisch geprägten Märkten durchgesetzt werden kann. Seine Entscheidung will Bundeswirtschaftsminister Wolfgang

Clement (SPD) der EU-Kommission Ende August in einem Bericht über den Wettbewerb auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt mitteilen. Die Brüsseler Behörde hatte in den vergangenen Jahren stets gemahnt, in Deutschland fehle eine durchsetzungsstarke Regulierungsbehörde im Energiebereich. Bislang verhandelten die Altmonopolisten wie etwa E.on oder RWE mit den Neulingen zum Beispiel direkt aus, zu welchen Preisen die Newcomer ihre Netze benutzen dürfen. Dabei konnten sich, so Kritiker, die etablierten Unternehmen dank ihrer Marktmacht meist zu Lasten des Wettbewerbs durchsetzen.



Kurth

HANS-GUNTHER OED